

Staatsangehörigkeit und Staatenlosigkeit



DEUTSCHE DURCH ABSTAMMUNG; GEBURT UND ADOPTION

Durch Geburt § 4 StAG



ABSTAMMUNGSPRINZIP „ius sanguinis“ § 4 Abs. 1 StAG

Wenn mindestens ein Elternteil zum Zeitpunkt der Geburt Deutsche bzw. Deutscher ist.

GEBURTSORTPRINZIP „ius soli“ § 4 Abs. 3 StAG

Bei Kindern ausländischer Eltern: Wenn mindestens ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht verfügt.



Durch Annahme als Kind § 6 StAG

Wenn ein Kind durch einen deutschen Elternteil adoptiert wird.

Als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler § 7 StAG

Automatischer Erwerb, wenn ihnen die Bescheinigung nach § 15 des Bundesvertriebenengesetzes ausgestellt wird.

Optionspflicht

Ius-soli-Kinder mit Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nach § 4 Abs. 3 bzw. § 40b StAG, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind und eine andere ausländische Staatsangehörigkeit als die eines Mitgliedstaates der EU oder der Schweiz besitzen, müssen ab dem 18. Geburtstag, spätestens jedoch bis zu ihrem 23. Geburtstag erklären, ob sie die deutsche oder eine andere Staatsangehörigkeit behalten wollen (§ 29 StAG).

DEUTSCHE DURCH EINBÜRGERUNG

§§ 8 bis 16 sowie 40b und 40c StAG (Übergangsregelungen)

Ausländische Staatsangehörige haben einen Anspruch auf Einbürgerung, sofern sie alle Voraussetzungen erfüllen. Sie kann auch im Ermessen der Einbürgerungsbehörde erfolgen, wenn Mindestanforderungen oder ein öffentliches Interesse vorliegt.



Die Durchführung des gesamten Einbürgerungsverfahrens liegt in der Zuständigkeit der Bundesländer und Kommunen. Der Antrag wird bei den zuständigen Einbürgerungsbehörden gestellt.

Kosten der Einbürgerung

255 Euro
pro Person

51 Euro

für minderjährige Kinder, die zusammen mit ihren Eltern eingebürgert werden

Voraussetzung der Anspruchseinbürgerung § 10 StAG

- Geklärte Identität und Staatsangehörigkeit
- Mindestens seit acht Jahren rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt in der BRD
- Eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts für sich und die Angehörigen
- Ausreichende deutsche Sprachkenntnisse (Niveau B1 des europäischen Referenzrahmens für Sprachen)
- Straffreiheit
- Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der BRD
- Gewährleistung der Einordnung in die dt. Lebensverhältnisse
- Aufgabe oder Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit



Besondere Gruppe:

Einbürgerung im Rahmen der Wiedergutmachung (Verfolgte während der NS-Zeit und deren Nachkommen) (Art. 116 Abs. 2 GG)

§ 9 StAG Einbürgerung von Ehegattinnen und -gatten oder Lebenspartnerinnen/Lebenspartnern Deutscher

§ 13 StAG Einbürgerung ehemaliger Deutscher und ihrer minderjährigen Kinder

Sonstige Einbürgerungen aus dem Ausland nach § 14 StAG von Personen mit besonderen Bindungen an Deutschland

Staatenlosigkeit

Eine Person, die kein Staat aufgrund seines Rechtes als Staatsangehörige anerkennt, gilt als staatenlos (Art. 1 des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen). Staatenlosigkeit ist international ein unerwünschtes Phänomen, weil die Personen Rechte, die an eine Staatsangehörigkeit gebunden sind, nicht in Anspruch nehmen können.

